

Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern · D-19048 Schwerin

Bundesverband
Lesben- und Schwulenverband
Herrn Axel Hochrein
Almastadtstr. 7
10119 Berlin

Schwerin, *NS* Juli 2015

Ihr Schreiben an den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrter Herr Hochrein,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. Mai 2015, in dem Sie darum baten, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern im Sinne der Gleichstellung für eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare im Bundesrat initiativ wird bzw. entsprechende Initiativen anderer Länder unterstützt. Gern möchte ich Sie zum aktuellen Stand der diesbezüglichen Bundesratsverfahren und der Positionierung Mecklenburg-Vorpommerns in dieser Angelegenheit unterrichten.

Der Bundesrat hat bei Enthaltung Mecklenburg-Vorpommerns am 12. Juni 2015 mehrheitlich die Entschließung „Ehe für alle – Entschließung für eine vollständige Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren“ auf Antrag Niedersachsens und weiterer Länder (BR-Drs. 274/15 B) gefasst.

Die Beratung des Gesetzentwurfs zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts auf Initiative des Landes Rheinland-Pfalz und anderer Länder (BR-Drs. 273/15) wurde wegen noch bestehenden Beratungsbedarfs im Ausschuss für Familie und Senioren bis zum Wiederaufruf vertagt. Der Gesetzentwurf wird deshalb nicht auf der Tagesordnung des Bundesrates am 10. Juli 2015 stehen. Der Rechts- und der Innenausschuss haben eine Einbringung des Gesetzentwurfes empfohlen, die von Mecklenburg-Vorpommern abgelehnt worden ist. Der Ausschuss für Frauen- und Jugend hat ebenfalls eine Einbringung empfohlen, zu der sich Mecklenburg-Vorpommern enthalten hat.

Den diesbezüglichen Voten Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat liegt keine Ablehnung der Gleichstellung homosexueller Paare, sondern eine abweichende Haltung der Regierungspartner in dieser Frage zugrunde. Während sich der Regierungspartner SPD für eine vollständige Gleichstellung homosexueller Paare einsetzt, trägt der Regierungspartner CDU die Vorschläge der Bundesregierung für mehr Gleichstellung mit, will aber nicht darüber hinausgehen.

Abschließend möchte ich Sie darüber informieren, welche Maßnahmen das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern zur Unterstützung der Anliegen und gegen die Diskriminierung von homosexuellen Menschen ergreift.

Im laufenden Jahr wurden bisher Mittel in Höhe von rund 81.000 € für die Integration von homosexuellen Menschen und gegen Diskriminierung sowie für Aufklärung und Beratung bewilligt und zwei Fachtagungen zu den Themen sexuelle Orientierung und Homophobie veranstaltet. Darüber hinaus befindet sich ein Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Erarbeitung.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag



Petra Zohner